

N i e d e r s c h r i f t

über die 24./VIII. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 07.11.2007, 17.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

Unter dem Vorsitz des
Bürgermeisters Brauer, Theodor (CDU)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Angenendt, Brigitte (CDU)
Barozzi, Guido (CDU)
Bay, Michael (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Bungert, Alexander (FDP)
Derksen, Derk (FDP)
Döllekes, Fredi (SPD)
Driever, Gerd (CDU)
Duenbostell, Horst (SPD)
Fischer, Heidi (SPD)
Fleskes, Jörg (CDU)
Frantz, Alexander (SPD)
Garisch, Siegbert (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
Gebing, Wolfgang (CDU)
Gietemann, Josef (SPD)
Gottfried, Günter (CDU)
Hähn, Wolfgang (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
van Heesch-Orgass, Dr. Elisabeth (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
Huth, Erika (CDU)
Janssen, Udo (CDU)
Kanders, Angelika (CDU)
Kanders, Josef (CDU)
Katzy-Leijenhorst, Sonja (SPD)
Kehren, Theo (CDU)
Kepser, Friederike (CDU)
Kötz, Eva Marlies (CDU)
Kröll, Annette (CDU)
Leenders, Dr. Artur (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
Loosen, Walter (SPD)
Lünendonk, Alois (CDU)
Maaßen, Manfred (CDU)
Nuy, Erich (CDU)
Rambach, Andreas (CDU)
Ricken, Edmund (CDU)
Rübo, Christoph (CDU)
Rütter, Daniel (FDP)
Schmidt, Joachim (CDU)
Schneeberger-Kröhl, Jeanette
Schnütgen, Wiltrud (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
Schwers, Karl (SPD)
Szubries, Friedhelm

Teigelkötter, Friedrich (CDU)
Tobisch, Reinhold (FDP)
Verheyen, Elisabeth (SPD)
Vink, Heinz-Josef (CDU)
Wucherpfennig, Brigitte (SPD)

Nicht anwesend:

Tekath, Petra (SPD)

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Technischer Beigeordneter Rauer
Verwaltungsdirektor Cronenberg
Rechtsdirektor Goffin
Gleichstellungsbeauftragte Rübo
Oberamtsrat Janßen
Amtmann Schoofs
Amtmann Keyzers
Technischer Angestellter Posdena
Oberinspektorin Meier als Schriftführerin

Bürgermeister Brauer begrüßt die Anwesenden zur Ratssitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

StV. Dr. Leenders bemerkt zur Niederschrift der letzten Ratssitzung, dass beim Punkt k) auf der Seite 18 die Bezeichnung der Brücke im Beschluss „Am Flak“ heißen müsse.

Zur Bürgerfragestunde ergeben sich keine Meldungen.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift oder zur Tagesordnung der laufenden Sitzung ergeben sich nicht.

I. Öffentliche Sitzung

1. Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2008

Erster Beigeordneter Haas trägt die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede vor.

Bürgermeister Brauer dankt dem Ersten Beigeordneten Haas für die Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2008 und den Mitarbeitern der Kämmerei für die geleistete Arbeit. Er bittet die Fraktionen, die Anträge zum Haushalt bis zum 28.11.2007

einzureichen, damit die entsprechende Vorlage zur Beratung im Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig gefertigt werden könne.

Er schlägt vor, die Vorgehensweise wie in den vergangenen Jahren zu handhaben, alle Anträge im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten und in der Ratssitzung nur noch die Anträge aufzurufen, deren erneute Beratung gewünscht werde.

StV. Szubries hat eine Frage zum Etatentwurf. Er möchte wissen, ob die Schlüsselzuweisungen fiktiv seien oder auf Erfahrungswerten basierten.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass die Schlüsselzuweisungen aufgrund der Umlagegrundlagen und Proberechnungen des Finanzministeriums berechnet worden seien. Sollten sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens Veränderungen ergeben, würden diese im Nachtragshaushalt Berücksichtigung finden.

Der Rat verweist den Haushalt zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse.

Bürgermeister Brauer wünscht den Fraktionen gute Beratung und schließt diesen Tagesordnungspunkt ab.

2. Erlass einer Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kleve vom 28.11.2001

- Drucksache Nr. 503/VIII. -

(aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

StV. Frantz äußert im Namen der SPD-Fraktion Bedenken, dass die Anpassung an die Mustersatzung erfolge und seines Erachtens das Kostendeckungsprinzip in Bezug auf die Stadt Kleve nicht berücksichtigt worden sei. Außerdem halte die SPD-Fraktion die Taktung von einer halben Stunde für die Arbeitszeiten für zu großzügig. Aus diesem Grunde werde sie die Drucksache ablehnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen die folgende Satzung:

Satzung vom zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kleve vom 28.11.2001

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 09. Oktober 2007 (GV NRW S. 380), der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunal-abgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S.712/ SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. April 2005 (GV NRW S. 274), und des § 2 Abs. 3 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 23. August 1999 (GV NRW S. 524), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05. April 2005 (GV NRW S. 408), hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am 07.11.2007 folgende Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kleve vom 28.11.2001 beschlossen:

§ 1

Die Anlage - Gebührentarif - zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kleve vom 28.11.2001 wird wie folgt geändert und erhält die folgende Fassung:

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr €
1.	Vervielfältigungen und Auszüge	
	a) Fotokopien und Ausdrücke bis zum Format DIN A 4 für die ersten 10 Seiten jeweils	0,60
	ab der 11. Seite jeweils	0,40
	b) bei größerem Format als DIN A 4 für jede Seite	0,85
	c) Farbkopien und -ausdrücke im Format A4	1,10
	im Format A3	1,60
	im Format A2	2,60
	d) Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schriftstücken oder Dateien wird eine Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben, der bei durchschnittlicher Arbeitsleistung zur Herstellung benötigt wird. Die Gebühr beträgt für je angefangene 15 Minuten	8,00
2.	Beglaubigungen und Zeugnisse	
	a) Beglaubigungen von Unterschrift oder Handzeichen	2,00
	b) Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ab- lichtungen, Zeichnungen, Plänen, je Seite	3,75
	maximal jedoch	37,50
	Beglaubigungen von Bewerbungsunterlagen für Personen bis zur Vollendung des 21. Lebens- jahres maximal	10,00
	<i>Beglaubigungen von Bewerbungsunterlagen gegen Vorlage einer Ermäßigungskarte erfolgen kostenlos.</i>	

Tarif- Nr.	Gegenstand	Gebühr €
3.	Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahmebewilligungen und Bescheinigungen, soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist, je angefangene halbe Stunde	22,00
4.	Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklärungen für das Grundbuch (z.B. Bescheinigung zum Nichtbestehen/ zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB) je angefangene halbe Stunde	20,00
5.	Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen, Bescheiden, Quittungen, Erklärungen etc.	4,00
6.	Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Hundesteuermarken	3,50
7.	Feststellungen aus Konten und Akten je angefangene halbe Stunde	22,00
8.	Auszug aus dem Kassenkonto für ein Rechnungsjahr	3,50
9.	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden je angefangene halbe Stunde	22,00
10.	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleistungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für	
	a) Büroarbeiten je angefangene halbe Stunde	22,00
	b) Außenarbeiten je angefangene halbe Stunde	22,00
	c) Gehilfenstunden zur Vorhaltung und Beförderung von Geräten je angefangene halbe Stunde	13,00

Tarif- Nr.	Gegenstand	Gebühr €
11.	Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen bis zu 40 Seiten je Seite für jede weitere Seite (Zweitausfertigungen der Verdingungsunterlagen werden nicht gesondert berechnet.)	0,35 0,25
12.	Lichtpausen und Plots DIN A 4 DIN A 3 DIN A 2 DIN A 1 DIN A 0 <i>Für transparente Lichtpausen und farbige Ausdrücke per Plotter wird jeweils die doppelte Gebühr erhoben.</i>	7,50 8,50 10,50 12,50 14,50
13.	Anfertigung von Abschriften und Auszügen aus Archivgut, Übertragungen in moderne Schrift und Übersetzungen je angefangene halbe Stunde	22,00
14.	Bereitstellung von Dateien per Email oder Datenträger je angefangene 10 Minuten	7,50
15.	Ausstellung von Verlustbescheinigungen	2,50
16.	Für familiengeschichtliche Auskünfte wird die Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben. Sie beträgt je angefangene halbe Stunde (Gebühren, die nicht nach der Verordnung zu § 68 Abs. 1 des Personenstandsgesetzes abzurechnen sind)	22,00

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

3. Bildung eines Ausschusses für Stadtentwicklung (aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

StV. Janssen beantragt den Ausschuss auf 11 Mitglieder aufzustocken, so dass sich folgende Verteilung ergebe:

6 Mitglieder der CDU-Fraktion, 3 Mitglieder der SPD-Fraktion und jeweils 1 Mitglied der Fraktionen FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

StV. Frantz bittet darum, einen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

StV. Janssen äußert, dass der stellvertretende Vorsitzende auf Grundlage des d'Hondt'schen Berechnungsverfahrens von der CDU-Fraktion gestellt werden müsse. Neben den bereits vorgeschlagenen Mitgliedern aus der CDU-Fraktion schlägt er als weiteres Mitglied und gleichzeitig stellvertretenden Vorsitzenden StV. Gebing vor, der durch StV. Lünendonk vertreten werden solle. Seine Vertretung solle StV. Ricken übernehmen.

Bürgermeister Brauer stellt nun den Vorschlag, den Ausschuss für Stadtentwicklung mit 11 Mitgliedern, entsprechend den Vorschlägen aus dem Haupt- und Finanzausschuss und den vorgenannten Ergänzungsvorschlägen zu besetzen und StV. Rütter als Vorsitzenden sowie StV. Gebing als stellvertretenden Vorsitzenden zu bestellen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, einen Ausschuss für Stadtentwicklung mit 11 Mitgliedern zu bilden und diesen wie folgt zu besetzen:

Mitglied	Vertreter
Angenendt, Brigitte (CDU)	Gottfried, Günter (CDU)
Gebing, Wolfgang (CDU)	Lünendonk, Alois (CDU)
Gietemann, Josef (SPD)	
Janssen, Udo (CDU)	Ricken, Edmund (CDU)
Kanders, Angelika (CDU)	Huth, Erika (CDU)
Leenders, Dr. Artur (B 90/DIE GRÜNEN)	Schnütgen, Wiltrud (B 90/DIE GRÜNEN)
Loosen, Walter (SPD)	
Rambach, Andreas (CDU)	Vink, Heinz (CDU)
Rütter, Daniel (FDP)	
Schmidt, Joachim (CDU)	Maaßen, Manfred (CDU)
Wucherpfeffig, Brigitte (SPD)	
Vorsitzender:	Rütter, Daniel (FDP)
stellvertretender Vorsitzender:	Gebing, Wolfgang (CDU)

4. Berufung des Geschäftsführers der Stadtwerke GmbH in den Aufsichtsrat der Quantum Die Energiepartner GmbH

- Drucksache Nr. 504/VIII. -

(aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, der Entscheidung der Gesellschafterversammlung der Quantum Die Energiepartner GmbH, den Geschäftsführer der Klever Versorgungsbetriebe GmbH, Herrn Rolf Hoffmann, in den Aufsichtsrat der Quantum Die Energiepartner GmbH zu bestellen, zuzustimmen.

5. Haushaltsüberschreitung 2007

- Drucksache Nr. 505/VIII. -

(aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 550.000,00 € zum Neubau der St. Michael Grundschule Reichswalde bei der Haushaltsstelle 3.210.9401 gemäß § 82 Gemeindeordnung NRW zuzustimmen.

6. Situation der Obdachlosenunterkünfte

- Drucksache Nr. 506/VIII. -

(aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

StV. Garisch wiederholt seine Äußerung aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass er empfehle, die Drucksache im Hinblick auf die Bereitstellung von Mitteln zur Verlagerung von Wohnmöglichkeiten für obdachlose Frauen bzw. Familien mit Kindern aus der Mozartstraße in die Jülicher Straße zu beschließen. Die Drucksache werde im Sozialausschuss am 14.11.2007 hinsichtlich der weiteren Punkte beraten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig eine Umwidmung der zweckgebundenen Haushaltsmittel für die Sanierung der Haushälfte Jülicher Straße 6.

7. Umwelt- und Verkehrsangelegenheiten, über die der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 24.10.2007 beraten hat:

a) Änderung der Baumschutzsatzung

Aufnahme weiterer Bäume

Löschung von Bäumen

hier: Vorschlag der Verwaltung

- Drucksache Nr. 486/VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt mehrheitlich bei vier Gegenstimmen folgende Änderung der Baumschutzsatzung:

Satzung vom zur Änderung der Satzung
der Stadt Kleve vom 09.12.2000 zum Schutz städtebaulich besonders wirksamer und
wichtiger Bäume in der Stadt Kleve

Der Rat der Stadt Kleve hat auf Grund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV. NRW S. 245) und des § 45 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NW S. 568), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes sowie sonstiger Vorschriften vom 19.06.2007 (GV. NRW S. 226, 227, ber. S. 316) in seiner Sitzung am folgende Satzung

vom zur Änderung der Satzung der Stadt Kleve vom 09.12.2000 zum Schutz städtebaulich besonders wirksamer und wichtiger Bäume in der Stadt Kleve beschlossen:

§ 1

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Bäume werden aus der Anlage zur Satzung entfernt. Dabei bleiben die vergebenen Nummern bestehen.

Lfd. Nr.	Straße	Haus Nr.	Anzahl	Baumart	Gemarkung	Flur/ Fl-Stück
Ortsteil Düffelward						
3	Deichbogen	4	1	Nussbaum	Düffelward	4/171 neu 280
14	Rinderner Straße	12	1	Eschen		
22	Röstendaalstraße	34	1	Roßkastanie		
Ortsteil Griethausen						
5	Antonstraße	3	1	Nussbaum		
9	Beginnenkamp	64	1	Linde		
10	Beginnenkamp	64	1	Eschen-Ahorn		
11	Beginnenkamp	64	1	Eiche		
12	Beginnenkamp	64	2	Ahorn		
13	Grenzweg	4	1	Platane		
17	Martinstraße	6	1	Nussbaum		
Ortsteil Keeken						
44	Nieler Straße	48	1	Nussbaum		
Ortsteil Kellen						
12	van-den-Bergh-Straße	15	1	Platanen		

Ortsteil Kleve						
16	Albersallee	47	1	Ess-Kastanie	Kleve	32/463
22	Bergstraße	6	1	Ahorn		
27	Bergstraße	16	1	Roßkastanie		
33	Beuthstraße	1	2	Sumpf-Eichen		
37	Böllenstege	2	1	Ahorn		
81	Graf-Johann-Straße	13	1	Spitz-Ahorn		
83	Grenzallee	13	1	Roßkastanie		
95	Gruftstraße	1	1	Roßkastanie		
109	Hagsche Straße	83-85	1	Pagodenbaum		
115	Heldstraße		1	Esche (mehrstämmig)	Kleve	40/298
129	Hoffmannallee (AOK)	61-65	1	Blut-Buche		

141	Kalkarer Straße	81	3	Platanen		
142	Kalkarer Straße (Autohaus Nosenhof)		2	Platanen	Kellen	12/309
164	Königsallee		2	Buchen	Kleve	37/233
182	Lindenallee	7	1	Roßkastanie		
200	Ludwig-Jahn-Straße (Hagebau)		1	Linde	Kleve	44/213
211	Monte Bello	2	1	Ahorn		
237	Nassauerallee	100	1	Nussbaum		
Lfd. Nr.	Straße	Haus Nr.	Anzahl	Baumart	Gemarkung	Flur/ Fl-Stück
253	Nimweger Straße	78	1	Buche		
261	Querallee	145	1	Buche		
289	Schwanenburg		1	Roßkastanie		
311	Stapperstraße	5	1	Ahorn		
337	Wasserstraße	12/14	1	Robinie		
Ortsteil Materborn						
9	Alexanderstraße (neben 27)		1	Nussbaum	Materborn	18/121
23	Dorfstraße	25	3	Robinien		
59	Hasenweg		1	Nussbaum	Materborn	47/223 neu 241- 243
110	Maronenweg	35	1	Ess-Kastanie		
114	Materborner Allee		12	Roßkastanie	Materborn	28/177
139	Schweizer Straße	34	1	Linde		
143	St. Annaberg	7	3	Linden		

Ortsteil Reichswalde						
20	Am Stein	33	1	Buche		
25	Düffelstraße	12	1	Birke		
31	Fliersol	14	1	Baum-Hasel		
40	Kattenwald	4	1	Buche		

Ortsteil Rindern						
6	Drususdeich	76	1	Buche		
21	Hohe Straße	105	1	Blut-Buche		
35	Reymerstraße	16	1	Nussbaum		
45	Spyckstraße	193/19 9	1	Buche		
46	Spyckstraße		2	Buchen	Rindern	15/13
48	Spyckstraße		1	Hainbuche	Rindern	15/13
62	Zur alten Mühle	18	1	Robinie		

Ortsteil Warbeyen						
12	Huiskampstraße	8	1	Urweltmammut- baum		

14	Huiskampstraße	13	1	Linde		
24	Huisberdener Straße	1	1	Ahorn		

§ 2

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Bäume werden in die Anlage zur Satzung aufgenommen.

Lfd. Nr.	Straße	Haus Nr.	Anzahl	Baumart	Gemarkung	Flur/Fl-Stück
Ortsteil Kleve						
337	Wasserstraße	12/14	1	Ahorn		
346	Tiergartenstraße (ehem. Jugendamt, Villa Dorsemagen)	35	6	Berg-Ahorn		
347	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	1	Blut-Buche		
348	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	1	Linde		

349	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	1	Ulme		
350	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	1	Berg-Ahorn (rötliche Sorte)		
351	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	1	Berg-Ahorn (rötliche Sorte, mehrstämmig)		
352	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	1	Ahorn		
353	Tiergartenstraße (ehem. Sozialamt, Haus Bernauer)	44	4	Berg-Ahorn (1 = rötliche Sorte)		
354	Tiergartenstraße (Fujivilla)	52	1	Blut-Buche		
355	Tiergartenstraße (Fujivilla)	52	2	Fächer-Ahorn		
356	Tiergartenstraße (Fujivilla)	52	1	Roßkastanie		

357	Tiergartenstraße (Fujivilla)	52	1	Blut-Buche		
358	Tiergartenstraße (Fujivilla)	52	1	Roßkastanie		
359	Tiergartenstraße (Fujivilla)	52	2	Blut-Buchen		

Lfd. Nr.	Straße	Haus Nr.	Anzahl	Baumart	Gemarkung	Flur/ Fl-Stück
Ortsteil Rindern						
63	Drususdeich St.-Willibrord-Kirche Rindern		37	Linden	Gem. Rindern	13/69
Die Bäume sind als Ensemble um die Kirche geschützt. Der traditionell durchgeführte Kopfbauumschnitt ist weiterhin zulässig. Bei Abgängigkeit einzelner Bäume, ist darauf zu achten, dass durch Nachpflanzung die Gesamtwirkung zukünftig erhalten bleibt.						

§ 3

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Änderungen/Anpassungen werden vorgenommen.

Lfd. Nr.	Straße	Haus Nr.	Anzahl	Baumart	Gemarkung	Flur/ Fl-Stück
Ortsteil Kellen						
40	Hammscher Kerkweg	3	4	Lederhülsen- baum		
40	Köstersweg	69	1	Robinie		
Ortsteil Kleve						
2	Ackerstraße <i>entlang Brahmsstraße</i>	50-60	3	Roßkastanien		
3	Ackerstraße <i>entlang Brahmsstraße</i>	50-60	7	Platanen		
80	Graf-Johann-Straße <i>Ringstraße</i>	13	1	Buche		
228	Nassauerallee	63	1	Platane		
Ortsteil Materborn						
60	Heinrichsstraße	4-6	3	Götterbaum		
Ortsteil Rindern						
2	Apostelstraße	10	1	<i>Götterbaum</i>		

§ 4

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- b) **51. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) – Änderung der Vorgaben zur Rohstoffsicherung und –gewinnung; hier: Beschluss der Stellungnahme der Stadt Kleve gemäß § 14 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LPIG)**
- Drucksache Nr. 487/VIII. -

StV. Szubries äußert, dass er der Stellungnahme nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme im Rahmen der Beteiligung zur 51. Änderung des Regionalplanes (GEP 99), die der Drucksache Nr. 487/VIII. beigefügte Stellungnahme vom 04.09.2007 abzugeben.

- c) **Parkraumbewirtschaftung**
- Drucksache Nr. 488/VIII. -

StV. Wucherpfennig beantragt, auf dem Parkplatz am Kolpinghaus Tagestickets einzuführen. In der Unterstadt gebe es für die Bürger die Möglichkeit, Tagestickets für den Parkplatz an der Stadthalle zu ziehen. In der Oberstadt sollte eine solche Möglichkeit ebenfalls eröffnet werden. Das Argument, dass es in der Oberstadt ein Parkhaus gebe, könne aus ihrer Sicht so nicht gelten, da dem Bürger ein gleichermaßen gutes Angebot in der Oberstadt gemacht werden müsse. Die Verwaltung sei nicht für die Auslastung des Parkhauses verantwortlich.

StV. Janssen merkt an, dass in der Unterstadt kein Parkhaus vorhanden sei. Ebenfalls bestehe auf dem Kolpingparkplatz eine hohe Fluktuation, die durch Tagestickets behindert würde.

StV. Garisch äußert, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit dem Ergebnis der Drucksache als Übergangslösung leben könne. Es bedürfe seiner Ansicht nach jedoch eines Gesamtkonzeptes. Kleve benötige ein vernünftiges Parkleitsystem und es sei ebenfalls zu überlegen, im Gesamtkonzept eine Parkraumbewirtschaftungsstruktur zu entwickeln, in der die Parkdauer im Nachhinein bezahlt werde, damit der Bürger nicht in seiner Einkaufszeit eingeschränkt sei.

Erster Beigeordneter Haas weist auf die Regelung des Tagestickets für 3,50 € hin. Dieses schränke den Bürger zeitlich nicht ein, sondern stelle ein Entgegenkommen dar.

StV. Wucherpfennig führt an, dass es natürlich in der Tiefgarage oberirdische Parkplätze gebe. Das Parkhaus Neue Mitte sei aber zu 50 % teurer als die Plätze an der Stadthalle. Es sollte hier eine vergleichbare Möglichkeit geschaffen werden.

StV. Rütter äußert für die FDP-Fraktion, dass diese mit dem vorliegenden Parkraumkonzept kurzfristig leben könne. Er schließt sich der Stellungnahme des StV. Garisch an. Langfristig sei ein einheitliches Parkkonzept notwendig, in dem keine Unterschiede zwischen Preisen in der Ober- und Unterstadt vorhanden sein dürften.

Bürgermeister Brauer weist darauf hin, dass in der ersten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses im Jahr 2008 das Parkkonzept vorgestellt werde.

Bürgermeister Brauer lässt nun über den Antrag der SPD-Fraktion, auf dem Parkplatz am Kolpinghaus Tagestickets einzurichten, abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnt den SPD-Antrag mehrheitlich ab.

Bürgermeister Brauer lässt nun über den Beschlussvorschlag der Drucksache abstimmen mit der Änderung, dass auf der Seite 5 im Parkbereich D der Minoritenparkplatz ergänzt werde und bei der Bezeichnung Stadthalle das Wort „vorne“ zu streichen sei. Außerdem solle die maximale Parkzeit in den Bereichen Reitbahn, Dr. Will-Platz, Goldstraße und Borselstege bei drei Stunden belassen werden und die Parkraumbewirtschaftung für den Prinzenhof auf drei Stunden gesetzt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, entsprechend der Drucksache Nr. 488/VIII. mit den Ergänzungen des Bürgermeisters Brauer zu verfahren und die Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten:

Änderung vom der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Kleve (Parkgebührenordnung) vom 08.10.2001

Aufgrund des § 6 a Abs. 6 und 7 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) vom 19.12.1952 (BGBl I S. 837), des § 1 der Verordnung über die Ermächtigung zum Erlass von Gebührenordnungen nach § 6 a Abs. 6 und 7 des Straßenverkehrsgesetzes vom 04.02.1981 (GV NRW Seite 48), in Verbindung mit § 38 Buchst. b des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 510), jeweils in den derzeit gültigen Fassungen hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am 07.11.2007 folgende Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten (Parkgebührenordnung) beschlossen:

§ 1

§ 2 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Parkgebühr beträgt, - **soweit nichts anderes bestimmt ist** -, 0,10 € für 12 Minuten, je weitere 6 Minuten 0,05 €
- (2) Auf den Parkbereichen „Spoykanal“ und „Stadthalle hinten“ werden Tagestickets zugelassen. Die Tickets gelten jeweils täglich bis zum Ende des Bewirtschaftungszeitraumes. Die Höhe der Gebühr beträgt montags bis donnerstags 3,50 € freitags 2,50 € und samstags 2 €
- (3) Die Parkgebühr für Wohnmobile auf den Wohnmobil-Stellplätzen „Hafen“ und „Spoykanal“ beträgt 4 € je 24 Stunden.

§ 2

Diese Änderung der Parkgebührenordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

8. Bau- und Planungsangelegenheiten, über die der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 24.10.2007 beraten hat:

- a) **Schenkung des Herrn Gerhard Küsters „Worcesterplatz“**
- Drucksache Nr. 490/VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, die Schenkung durch Herrn Paul Gerhard Küsters in der in der Drucksache Nr. 490/VIII. dargestellten Form anzunehmen und den Platz „Worcesterplatz“ zu nennen.

- b) **112. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Keekener Straße im Ortsteil Rindern;**
hier: Abschließender Beschluss
- Drucksache Nr. 491/VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt ab und beschließt einstimmig aufgrund des § 2 Abs. 1 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) und unter Berücksichtigung der Ausführungen in der Drucksache Nr. 491/VIII. vom 26.09.2007 die 112. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Kleve für den Bereich Keekener Straße im Ortsteil Rindern nebst Begründung und Umweltbericht in der jetzt vorliegenden Fassung.

- c) **106. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich „In den Galleien“;**
hier: Einleitung des Verfahrens
- Drucksache Nr. 492/VIII. -

StV. Janssen erklärt für diesen sowie auch für den nächsten Tagesordnungspunkt, dass hier ein sehr sensibler Bereich angesprochen werde. Die CDU-Fraktion werde der Einleitung des Verfahrens zwar zustimmen, habe jedoch noch erhebliche Bedenken und räume ein, dass im Wege des Verfahrens noch Veränderungen möglich seien.

Auch StV. Duenbostell äußert die Zustimmung, obwohl erhebliche Bedenken bestünden.

StV. Garisch schließt sich der Auffassung seiner Vorredner an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, das Verfahren zur 106. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kleve für den Bereich „In den Galleien“ einzuleiten. Es handelt sich hierbei um die 106. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Der Öffentlichkeit ist frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

- d) Bebauungsplan Nr. 1-272-0 für den Bereich „In den Galleien“;**
hier: Einleitung des Verfahrens
- Drucksache Nr. 493/VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1-272-0 für den Bereich „In den Galleien“ einzuleiten.

Der Öffentlichkeit ist frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

- e) Bebauungsplan Nr. 1-053-0 für den Bereich Stadionstraße/ Lindenallee/ Merowingerstraße (ehemaliges Schlachthofgelände);**
hier: Einleitung des Verfahrens
- Drucksache Nr. 494/VIII. -

StV. Wucherpfennig stimmt im Namen der SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu. Sie weist auf den Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 11. a) hin und bittet darum, im Verfahren planerisch den Bau eines Mehrgenerationenhauses vorzusehen. Wenn die anderen Fraktionen und Ratsmitglieder dem so zustimmen könnten, brauche der Antrag unter Punkt 11. a) nicht gesondert abgestimmt werden.

StV. Janssen erklärt die Zustimmung zu diesem Vorschlag. Es sei hier die letzte Möglichkeit gegeben, eine freie Fläche zu überplanen und demnach sollte die Möglichkeit der Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern geprüft werden.

StV. Garisch begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich das Baurecht an dieser Stelle bittet jedoch zu bedenken, dass auch die Fragen der Investoren bedacht werden müssten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1-053-0 für den Bereich Stadionstraße/ Lindenallee/ Merowingerstraße einzuleiten. Es wird das beschleunigte Verfahren nach § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB angewendet.

Der Öffentlichkeit ist frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes soll planerisch die Möglichkeit zum Bau von „Mehrgenerationenhäusern“ vorgesehen werden.

- f) **Bebauungsplan Nr. 1-263-0 für den Bereich Kermisdahlstraße/ Turmstraße;**
hier: Beschluss der erneuten öffentlichen Auslegung
- Drucksache Nr. 495/VIII. -

StV. Janssen erklärt für die CDU-Fraktion die Ablehnung des Beschlussvorschlages. Es könne nicht sein, dass Bebauungspläne nach Anfragen von Investoren geändert würden. Dieser Bebauungsplan sei schon zu oft geändert worden. Die Anwohner müssten sich auf einen Bestandsschutz verlassen können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt lehnt mehrheitlich bei fünf Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab, den Bebauungsplan Nr. 1-263-0 für den Bereich Kermisdahlstraße/ Turmstraße erneut öffentlich auszulegen.

- g) **Bebauungsplan Nr. 4-221-3 für den Bereich Dorfstraße/ Kirchweg (Burg Ranzow) im Ortsteil Materborn;**
hier: Einleitung des Verfahrens
- Drucksache Nr. 496/VIII. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4-221-3 für den Bereich Dorfstraße/ Kirchweg zum Zwecke der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4-221-2 einzuleiten.

Der Öffentlichkeit ist frühzeitig Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

- h) **Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 2-253-1 Tweestrom/ Postdeich**
- Drucksache Nr. 497/VIII. -

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert, dass der Vorgang geprüft worden sei. Es seien zwei private Anlieger am Tweestrom betroffen, die jeweils an den Abzweigungen ihre Grundstücke hätten. Diese würden angeschrieben und über eine Änderung der Straßenbenennung informiert werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, dass die in der Anlage zur Drucksache Nr. 497/VIII. markierte Straße den Namen „Tweestrom“ erhält.

9. Jahresabschluss der USK für das Jahr 2006

- a) Feststellung des Jahresabschlusses der USK zum 31.12.2006**
- b) Feststellung des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2006**
- c) Beschluss über die Ergebnisverwendung**
- d) Beschluss über die Entlastung des Vergabe- und Betriebsausschusses**

- Drucksache Nr. 498/VIII. -

(aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

StV. Frantz beantragt für die SPD-Fraktion die Einzelabstimmung der Punkte a), b) und c). Er bedankt sich insbesondere für die geleisteten Aufräumarbeiten nach dem Sturm Kyrill bei den Mitarbeitern der USK. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass die von den USK erwirtschafteten Gelder bei den Umweltbetrieben verbleiben sollten, um eventuellen Risiken im nächsten Jahr begegnen zu können.

StV. Janssen beantragt für die CDU-Fraktion, die Punkte a), b) und c) gemeinsam abzustimmen. Die Ergebnisverwendung sei angemessen und stelle kein Risiko dar.

Bürgermeister Brauer stellt den Antrag auf Einzelabstimmung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag auf Einzelabstimmung wird mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Bürgermeister Brauer lässt nun über die Punkte a), b) und c) gemeinsam abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen:

- a) den Jahresabschluss 2006 der USK entsprechend dem vorgelegten Bericht festzustellen.
- b) den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2006 festzustellen.
- c) die Verwendung des Jahresergebnisses 2006, wie in der Drucksache Nr. 498/VIII. dargestellt.

Bürgermeister Brauer lässt nun über den Punkt d) abstimmen.

Die Mitglieder des Vergabe- und Betriebsausschusses sowie die Stadtverordneten Derksen und Wucherpfennig nehmen an der Beratung und Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve erteilt dem Vergabe- und Betriebsausschuss einstimmig für das Wirtschaftsjahr 2006 die Entlastung.

Bürgermeister Brauer bedankt sich bei den Mitarbeitern der USK und bei den Betriebsleitern.

10. Änderung der Vergnügungssteuersatzung

- Drucksache Nr. 500/VIII. -

(aus Haupt- und Finanzausschuss am 24.10.2007)

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig folgende Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 18.12.2002 rückwirkend zum 01.01.2006:

Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 18.12.2002, zuletzt geändert am 15.11.2006,

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NW.S.666/SGV.NW2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV.NRW S.498) und der §§ 3 und 20, Abs. 2 Buchstabe b) des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV.NW.S.712/SGV.NW.610) in der z.Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Kleve in seiner Sitzung am 07.11.2007 folgende Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung beschlossen:

§ 1

§§ 10 Abs. 2 Satz 2, 10 a und 10 b entfallen.

§ 2

§ 14 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

§ 14

Entstehung des Steueranspruches

(3) Der Vergnügungssteueranspruch nach § 10 entsteht mit der Aufstellung des Apparates an den in § 1 Nr. 5 genannten Orten.

§ 3

§ 15 Abs. 4d entfällt.

§ 4

Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend ab dem 01.01.2006 in Kraft.

11. Anträge der Fraktionen

a) Bau eines Mehrgenerationenhauses

(Antrag der SPD-Fraktion)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter Punkt 8. e) bereits behandelt.

b) Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Kleve

(Antrag der SPD-Fraktion)

StV. Frantz begründet den Antrag. Er sehe die momentanen Modalitäten der Bürgerfragestunde als Defizit an. Er halte es für wichtig, dass die Bürger auch Punkte der Tagesordnung der laufenden Sitzung ansprechen könnten, damit die Diskussion belebt würde und die Einflussnahme des Bürgers erhöht werde. Im Rahmen der direkten Demokratie sei eine solche Änderung angemessen.

StV. Janssen erklärt sich mit den redaktionellen Änderungswünschen für die Geschäftsordnung einverstanden, könne jedoch dem Antrag auf Streichung des letzten Satzes des § 19 Abs. 1 nicht zustimmen. Es gebe für den Bürger im Vorfeld genügend Möglichkeiten, sich zu informieren und zu äußern. In diesem Zusammenhang weist er auf die zahlreichen Bürgerversammlungen hin. Eine Diskussion vor einer Ratssitzung empfinde er als nicht begrüßenswert. Man befinde sich in einer repräsentativen Demokratie, in der der Rat entscheide.

StV. Bungert stimmt für die FDP-Fraktion dem Antrag der SPD zu. Er weist darauf hin, dass manche Bürger erst nach der Veröffentlichung der Tagesordnung der letzten Ratssitzung wüssten, welche Dinge beraten würden.

StV. Dr. Leenders äußert die prinzipielle Zustimmung der Grünen Fraktion. Er meint jedoch, dass der Antrag nicht weit genug gehe. Er schlägt vor, dass dem Bürgermeister das Recht eingeräumt werden solle, bei Diskussionspunkten ad hoc eine Bürgerversammlung einzuberufen, in der die Bürger mitdiskutieren könnten.

StV. Schmidt äußert, dass er sich den Vorschlag des StV. Dr. Leenders sowie auch den SPD-Antrag in der Praxis nicht vorstellen könne. Der Rat trete zusammen, um Beschlüsse herbeizuführen. Anregungen und Wünsche der Bürger sollten im Vorfeld eruiert und diskutiert werden.

StV. Frantz äußert, dass in den drei Jahren der Bürgerfragestunde bisher erst eine Frage gestellt wurde. Dies bestärke seine Auffassung, dass eine Modifizierung der Modalitäten nötig sei. Er beantragt getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Antrages.

StV. Janssen gibt zu bedenken, dass in einer Ratssitzung nicht das gesamte Spektrum eines einzelnen Tagesordnungspunktes sichtbar werde. Die Vorbereitungen würden bereits in Fachausschüssen stattfinden, sodass hier die genaueren Informationen preisgegeben würden. Aufgabe der Politik müsse es sein, den Bürger im Vorfeld zu informieren und auf ihn zuzugehen, um ihn in politische Themen einzubinden.

StV. Dr. Leenders merkt an, dass nicht alle Tagesordnungen der Fachausschüsse veröffentlicht würden. Um die Politikverdrossenheit der Bürger zu vermeiden, müsse die Möglichkeit eröffnet werden, mehr mitwirken zu können.

StV. Rütter schließt sich dieser Auffassung an.

StV. Gebing merkt den Unterschied zwischen einer Bürgerfragestunde und einer Diskussionsrunde an. Außerdem äußert er, dass nicht ad hoc eine Bürgerversammlung einberufen werden könne, da jeder Bürger die Chance haben müsse, an einer Bürgerversammlung teilnehmen zu können.

StV. Bay versteht nicht, warum durch eine halbstündige Unterbrechung der Sitzung mit einer Bürgerversammlung Chaos ausbrechen würde. Wenn man zwischen dem Ratsmitglied und dem Bürger unterscheide, stärke man die Politikverdrossenheit. Es sei wichtig, dass die Politik den Dialog mit dem Bürger suche.

Bürgermeister Brauer äußert, dass die Fraktionen auf die Bürger zugehen müssten. Er habe die Fragestunde eingeführt und sehe es eher als Vorteil denn als Nachteil, dass bisher nicht viele Fragen gestellt würden. Dies sei ein Zeugnis der guten Arbeit des Rates und der transparenten Politik.

StV. Szubries unterstützt die Auffassung des Bürgermeisters. Er schlägt vor, dass Fragen der Bürger zu einzelnen Tagesordnungspunkten im Rahmen der Tagesordnungspunkte aufgerufen und beschieden werden könnten.

StV. Wucherpennig äußert ihre Verwunderung über die Ablehnung des Vorschlages durch die CDU-Fraktion. Ihrer Auffassung nach könne der Bürger durch seine Fragen die Meinungsbildung der Ratsmitglieder beeinflussen. Es werde Zeit, die Bürgerfragestunde zu verbessern.

StV. Dr. Leenders begrüßt die Transparenz, die durch viele Bürgerversammlungen verdeutlicht werde. Eine weitere Diskussion im Rat mit dem Bürger sei eine zusätzliche Hilfestellung.

Bürgermeister Brauer äußert, dass die Ausführungen des StV. Dr. Leenders weitergehend als der Antrag der SPD-Fraktion seien. Er lasse nun über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen, den letzten Satz in § 19 Abs. 1 zu streichen.

Beschluss:

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Bürgermeister Brauer weist nun darauf hin, dass er beabsichtige, eine Drucksache zur Änderung der Geschäftsordnung und eine Drucksache zur Änderung der Hauptsatzung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung Anfang des nächsten Jahres vorzulegen und bittet darum den Beschluss über die Änderung der Geschäftsordnung bis dahin zurückzustellen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt erklärt sich einstimmig mit dem Vorschlag des Bürgermeisters Brauer einverstanden.

c) Antrag auf Erstellung von Probabilanzen anlässlich der Einführung des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement)

(Antrag der SPD-Fraktion)

StV. Frantz begründet den Antrag.

StV. Janssen äußert, dass die Politik im Jahre 2008 Zahlen benötige. Er schlägt jedoch vor, die Fristen anders zu setzen. Er möchte die Verwaltung beauftragen, bis zum 30.06. Bewertungskriterien für die Aktiva und Passiva vorzugeben und einen Ausblick für 2009 vorzuweisen. Eine Bilanz zum 31.03. herauszugeben wäre zu verfrüht.

Erster Beigeordneter Haas äußert, dass der Kreisgutachterausschuss mit der Bewertung der Gebäude bis zum 30.06.2008 beschäftigt sei. Die Bewertungsgrundlagen für die Gebäude könnten danach im Liegenschafts- und Steuerausschuss vorgestellt werden. Nach dem Termin 30.06. könne eine Probabilanz vorgelegt werden. Er bitte in dieser Hinsicht um Geduld. Im Laufe des Jahres 2009 würden nähere Zahlen vorgelegt werden.

StV. Frantz erklärt sich mit dem Vorschlag des StV. Janssen einverstanden.

Erster Beigeordneter Haas äußert, dass die Verwaltung so zeitnah wie möglich versuche eine Konzernbilanz in der Art einer Probabilanz vorzulegen. Er werde unter „Mitteilungen“ von den Verfahrensvorgängen berichten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig sich den Ausführungen des Ersten Beigeordneten Haas anzuschließen und die Verwaltung zu beauftragen, bis zum 30.06.2008 Bewertungskriterien der Aktiva und Passiva vorzulegen.

d) Ausschussumbesetzungen

(Antrag der FDP-Fraktion)

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, Derk Derksen anstelle von Alexander Bungert in den Vergabe- und Betriebsausschuss zu entsenden und Alexander Bungert anstelle von Derk Derksen in den Sportausschuss zu entsenden.

12. Mitteilungen

a) Zuwendungsbescheid „Kind ohne Mahlzeit“

Erster Beigeordneter Haas äußert, dass der Zuwendungsbescheid für das Projekt „Kind ohne Mahlzeit“ eingegangen sei. Die Verwaltung beteilige sich an den Mittagessen für 70 Kinder.

StV. Schmidt möchte wissen, wie hoch der Preis sei, den die Eltern der Kinder zu zahlen hätten.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass sich der Preis für ein Mittagessen auf 2,50 € belaufe. Es gebe einen Zuschuss vom Land in Höhe von 1,00 €, die Kommune zahle 1,00 €, sodass 0,50 € für die Eltern verblieben.

b) Sitzungstermine 2008

Bürgermeister Brauer äußert, dass in Kürze die Sitzungstermine für das Jahr 2008 vorgelegt würden.

13. Anfragen

a) Gleichstellung von Mann und Frau

StV. Bay fragt zum Etat, ob man das Konzept „Frauenförderung“ in das Konzept „Gleichstellung“ ändern könne.

Bürgermeister Brauer äußert, dass sich dies auf eine gesetzliche Vorgabe beziehe und die weitere Beratung hierzu im Fachausschuss erfolge.

b) Neuerung der Parkregelung an der Heideberger Mauer

StV. Frantz möchte wissen, wann die neue Parkregelung an der Heideberger Mauer eintrete.

Bürgermeister Brauer sagt schriftliche Beantwortung zu.

(Antwort der Verwaltung: Die Maßnahme wird ausgeführt, wenn Markierungsarbeiten witterungsbedingt möglich sind und die Verkehrszeichen beschafft wurden.)

Ende der öffentlichen Sitzung: 18.40 Uhr